

# Neue Erkenntnisse zum Bau des Backnanger Turmschulhauses

Von Bernhard Trefz

Stetige Verschlechterung der räumlichen Situation der Backnanger Schule im 18. Jahrhundert

Die Stadt Backnang erfuhr im Verlauf des 18. Jahrhunderts einen rasanten Bevölkerungszuwachs, der durch einen starken Geburtenüberschuss sowie erhebliche Zuwanderung zustande kam: Hatte sich die Einwohnerzahl in den 66 Jahren zwischen 1697 (1071) und 1763 (2087) bereits mehr als verdoppelt, legte sie bis 1798 noch einmal um 723 zu und lag bei nunmehr 2810.<sup>1</sup> Damit stieg auch die Zahl der Schüler, was wiederum erhebliche Probleme

mit sich brachte, diese ordnungsgemäß unterzubringen. Zu dieser Zeit bestanden nur zwei Schullokale im sog. Präzeptoratshaus (heute: Ölberg 10), in dem sowohl der Lateinunterricht als auch der deutsche Unterricht für sämtliche Jungen und Mädchen erteilt werden musste.<sup>2</sup> Damit war jedoch ein reibungsloser Unterrichtsverlauf der verschiedenen Schularten nur sehr eingeschränkt möglich, was die zuständigen Stellen der Schulaufsicht immer wieder veranlasste, bei den verantwortlichen Entscheidungsträgern der Stadt Backnang eine Verbesserung der Lage durch den Neubau eines Schulhauses anzumahnen. Mit der Begründung



Älteste Abbildung des Turmschulhauses (Lithographie von Friedrich Angerbauer um 1835).

<sup>1</sup> Helmut Bomm, Gerhard Fritz, Sabine Reustle, Rolf Schweizer, Backnanger Stadtchronik, Backnang 1991, S. 104, 118.

<sup>2</sup> Friedrich Köstlin: Die Entwicklung des Backnanger Schulwesens, in: Blätter des Murrgrauer Altertums-Vereins, Nr. 47, 1. Mai 1914, S. 245.

der schlechten Finanzlage bei *gegenwärtig harten Zeiten* wurde dies jedoch zurückgewiesen.<sup>3</sup>

1782 versuchte man seitens der Stadt durch das Einziehen eines Bretterschlags zumindest den Unterricht der Lateinschule etwas zu entzerren.<sup>4</sup> Allerdings blieb die große Stube im Präzeptorathaus, die man für den deutschen Unterricht nutzte, für die inzwischen 350 Kinder viel zu klein. Ein herzogliches Reskript vom 18. Januar 1799 forderte Backnang deshalb unmissverständlich zur *Erweiterung des alten Schul-Gebäudes oder die Erbauung oder Erkaufung eines mit genug Plaze für die zahlreiche Schul-Jungens versehenen Hauses* auf. Der Kirchenkonvent reagierte mit dem schon bekannten Hinweis, dass man vor der *Unmöglichkeit* stehe, zu einem Schulgebäude etwas beizutragen.<sup>5</sup> Hingegen richtete man 1801 als weitere Notmaßnahme zumindest eine zusätzliche Schulstube im Haus am Freithof (spätere Volksschule) ein, ohne das Raumproblem damit auch nur ansatzweise lösen zu können.<sup>6</sup> Auch die späteren Versuche im Gasthaus „Löwen“ für eine Mädchenklasse ein Zimmer zu mieten und auf der Rathausbühne eine weitere Schulklasse unterzubringen, konnten nur ungenügend zur Entschärfung der Lage beitragen, da die Klasse auf der Rathausbühne aufgrund fehlender Beheizung im Winter gar nicht unterrichtet werden konnte.<sup>7</sup>

### Entschluss zum Bau eines neuen Schulgebäudes

Da ein weiterer Anstieg der Schülerzahlen zu erwarten war, konnten sich die Entscheidungsträger der Stadt Backnang nicht mehr aus der Verantwortung stehlen und mussten konkrete Schritte unternehmen, um die akute Raumnot der Schulen zu beheben. Offensichtlich scheute man zunächst jedoch weiterhin die zu erwartenden hohen Ausgaben für einen Schulhausneubau und versuchte, ein geeignetes Haus zu erwerben, in dem der Schulunterricht erteilt werden könnte. Allerdings verliefen

alle diesbezüglichen Versuche im Sande, da *ein schon gebautes, diesem Zweck entsprechendes Haus* nicht zum Kauf gefunden wurde und in der Stadt selbst, *die sehr eng gebaut ist, ließ sich auch schwer ein schicklicher Bau-Plaz dazu auffinden*.<sup>8</sup> Schließlich fasste man den *großen freien Raum oberhalb des Marckts, vor dem Kirchthurm* ins Auge, der sich zur Errichtung eines neuen Schulgebäudes durchaus zu eignen schien und zudem den Vorteil hatte, dass man durch Anbau an den bestehenden Turm Kosten sparen konnte. Deshalb erstellte der zuständige Landbau-Controleur Abel aus Heilbronn im Frühsommer 1815 einen *Überschlag samt Rissen*, der jedoch leider nicht mehr überliefert ist. Die Kostenberechnung übernahm der Backnanger Werkmeister Johann Gottlieb Schächterle mit dem Ergebnis, dass *die Erbauung einer neuen Schule mit 6 besonderen Lehrsälen, jeden zu 100 Schüler berechnet* insgesamt 5287,40 fl kosten sollte. Man wollte das neue Gebäude *an den der hiesigen Stadt zuständigen Glocken- und Hochwachturm auf eine schickliche Art* anbauen, wobei es eine Grundfläche von 52 *Schuh* Länge und 34 *Schuh* Breite sowie eine Höhe von 3 *Stockwerken* haben sollte.

Nachdem man sich jahrzehntelang geweigert hatte, den schon lange notwendigen Schulhausneubau zu verwirklichen, konnte es nun plötzlich nicht mehr schnell genug gehen: Am 13. September 1815 wurde in einer gemeinsamen Eingabe des Oberamts, Bürgermeisters und Gerichts der Stadt Backnang an den württembergischen König um eine beschleunigte Genehmigung gebeten, *da es die höchste Noth erfordert, daß dieses Spätjahr wenigstens der Grund gegraben und gemauert, das erforderliche Holz geprägt und die sonstigen Materialien angeschafft werden, wenn auch das Gebäude selbst, was aber sehr zu wünschen wäre, nimmer völlig hergestellt werden könnte*. Man verwies darauf, dass der Stadt aufgrund der Raumnot in der Schule *für andere gemiethete Zimmer* jährlich erhebliche Kosten entstünden. Außerdem könnten die Kinder

<sup>3</sup> Dekanatsarchiv Backnang, 331.5, Kirchenkonvents-Protokoll 1777–1794, Sitzung vom 16. Juli 1790; StAB, Bac J 005-22, Bl. 325f.

<sup>4</sup> Dekanatsarchiv Backnang, 331.5, Kirchenkonvents-Protokoll 1777–1794, Sitzung vom 12. Juli 1782.

<sup>5</sup> Dekanatsarchiv Backnang, 331.6, Kirchenkonvents-Protokoll 1794–1807, Sitzung vom 1. März 1799.

<sup>6</sup> Stadtchronik (wie Anm. 1), S. 119.

<sup>7</sup> Dekanatsarchiv Backnang, 331.7, Kirchenkonvents-Protokoll 1808–1825, Sitzung vom 25. September 1812.

<sup>8</sup> Das Folgende – soweit nicht anders vermerkt – in: StAL E 173 III, Nr. 5425.

*BACKNANG. Partie b. d. Kirche.*



*Blick auf Stadtturm und Turmschulhaus (Anfang des 20. Jahrhunderts).*

wegen Mangel des Plazes abwechslungsweise wöchentlich nur 5 halbe Tage in die Schule gehen, obgleich die Bürger, worüber sich dieselben sehr beschwerten, das volle Schulgeld bezahlen müssen und der Zweck des Schul-Unterrichts bei diesen wenigen Schulstunden nicht erreicht wird.

Nicht mitgetragen wurde diese Eingabe jedoch von Bürgermeister Matthäus Klemm, der das Bürgermeisteramt seit 1779 inne hatte und es sich seit 1801 mit Georg Adam Isenflamm teilte.<sup>9</sup> Er hatte bereits am 7. September 1815 Einspruch gegen die Planung erhoben.

### Einwände von Bürgermeister Klemm

Klemm beharrte auf einer alten Planung aus dem Jahr 1814, nach der das Schulhaus an anderer Stelle in unmittelbarer Nachbarschaft des Helferhauses errichtet werden sollte. Dort hatte bis vor kurzem ein kleines Häuschen gestanden, in dem die Wohnung des Stiftstorsorg untergebracht war. Nachdem jedoch durch die Neueinrichtung eines Tors weiter oben in der Stadt Richtung Stuttgart das ehemalige Stiftstors überflüssig geworden war und abgerissen wurde, hatte die Stadt das Häuschen *neben dem Diaconat-Haus* von der Kgl. Kameralverwaltung für 666 fl erworben und abgebrochen.<sup>10</sup> Dort und auf dem freien Platz daneben sollte nun nach der ursprünglichen Planung ein Schulhaus erstellt werden. Davon war man jedoch, so das Stadtgericht Backnang in seiner Sitzung am 2. November 1815, relativ schnell abgekommen, da die dortigen baulichen Voraussetzungen aufgrund der Lage am Berg sehr schwierig gewesen seien und das gesamte Bauprojekt gleich um *mehrere 1000 fl teurer* gemacht hätten. Am jetzigen Platz könnten hingegen durch *die Verbindung des Thurms mit dem Schulgebäude mehrere 1000 fl erspart* werden. Außerdem könnte man den Turm auch in die Planung der Schullehrerwohnungen mit einbeziehen und ihn somit auf *zweckmäßige Art* nutzen.<sup>11</sup>

Das Hauptargument Klemms, dass man den Kirchturm und den Platz davor für den Fall freihalten sollte, dass der Stiftskirche *ein Unglück* widerfahren sollte und es nicht mehr gestattet

würde, *auf selbigem Plaz eine neue Kirche zu erbauen*, wies der Magistrat zurück, da der Rest der ehemaligen Stadtkirche, deren vom Brand übriggebliebenen Mauern man erst vor wenigen Jahren abgebrochen habe, sowieso viel zu klein sei und *gegenwärtig nicht die Helfte der Bürgerschaft und Filialisten aufnehmen würde*. Außerdem sei die Stiftskirche *ganz von Stein erbaut*, so dass im Falle eines Brandes *nur der Dachstuhl und das Inngebäude verbrennen könnt*.

Die zweite Forderung Klemms, dass der Platz als Fluchtpunkt bei Feuersbrünsten unüberbaut bleiben müsste, war nach Ansicht des Magistrats wenig schlüssig, da der Platz inzwischen durch die veränderte Bebauung dafür sowieso nicht mehr in Frage käme. Auch der Einwand, dass die 666 fl für den Kauf und Abbruch des Torwarthäuschens *vergeblich aufgewendet* worden seien, wies man seitens des Magistrats zurück, da der Platz längst für andere Zwecke bestimmt sei, deren Durchführung jedoch *auf bessere Zeiten* verschoben werden müsste.

Außerdem beharrte Klemm auf neuen feuerpolizeilichen Vorschriften, nach denen ein neues Gebäude 40 Schuh vom nächsten Haus entfernt sein müsse, der Abstand im Fall des projektierten Schulgebäudes jedoch nur 36 Schuh betrage. Dass es sich bei dem Nachbargebäude ausgerechnet um sein eigenes Haus handelte, dürfte wohl auch der Hauptauslöser für seine Beschwerde gewesen sein. Der Magistrat ließ sich davon jedoch wenig beeindrucken und konterte geschickt: Würde man nämlich das Schulgebäude auf dem von Klemm favorisierten Platz bauen, *würde solches vom Helferathhauß 6 Schu, vom herrschaftl. Bandhauß kaum 20 Schu, und von den Gebäuden an der Hauptstrasse kaum 30 Schu entfernt seyn*.

Es wird ziemlich schnell deutlich, dass sich Klemm bei seiner Beschwerde keineswegs von den vorgeschobenen Interessen der Stadt leiten ließ, sondern versuchte, handfeste Eigeninteressen durchzusetzen. Offensichtlich fühlte er sich von einem Schulhaus in der unmittelbaren Nähe seines eigenen Hauses gestört, zumal dadurch die Gefahr bestand, dass sein *an dem Haus befindliches Gärtlein* durch das drei-

<sup>9</sup> StAB, Bac J 005-15, Bl. 279b und J 005-23, Bl. 199f.

<sup>10</sup> StAB, Bac K 001-33, Bl. 269f

<sup>11</sup> Die Verhandlung des Backnanger Magistrats über die Einwände Klemms in: StAB, Bac J 005-30, Bl. 94–98.

stockig geplante Gebäude *ganz überschattet* werde. Wahrscheinlich störte ihn aber auch, dass der Magistrat der Stadt Backnang die Entscheidung über den Bauplatz während seiner Abwesenheit als *Landesrepresentant in Stuttgart* fällte.

Letztlich wurden seine Einwände auch von der württembergischen Regierung zurückgewiesen, so dass die Stadt Backnang am 25. November 1815 die Genehmigung zur Erbauung des Schulhauses erhielt.

### Ausschreibung der Handwerksarbeiten und Änderung der Planung

Durch Bekanntmachung in verschiedenen Zeitungen und Anschreiben der benachbarten Oberämter wurden schnell die Handwerksarbeiten ausgeschrieben, so dass sie am 22. Januar 1816 bereits vergeben werden konnten. Wie nicht anders zu erwarten, meldeten sich hauptsächlich Handwerker aus Backnang und der näheren Umgebung. Zum Zuge kamen letztlich jedoch nur Backnanger, wobei man in einem Fall sogar einen auswärtigen Bewerber ausschloss, obwohl er ein um 100 fl günstigeres Angebot abgegeben hatte: Hierbei handelte es sich um den Maurer Jakob Baumgärtner aus Großaspach, dem man den Zuschlag für die Grab-, Steinhauer- und Maurerarbeiten verweigerte, da er als *Mann von sehr geringem Vermögen* bekannt sei, *der bei allen übernommenen derlei Arbeiten in Streit und Unannehmlichkeiten gerathen sei und Schulden hinterlassen habe*. Da er zudem weder *Attestat* noch *Caution* vorweisen konnte, erhielt der Backnanger Maurer Christof Häußler die Arbeiten übertragen.

Inzwischen hatte sich auch die ursprüngliche Planung verändert, da für einen neuen Schullehrer schnell eine Wohnung bereit gestellt werden musste. Bisher war wohl angedacht, dass man *rechts vom Thurm* ein weiteres Gebäude anbauen wollte, um die Schullehrer unterzubringen. Dies wurde aufgrund der fehlenden finanziellen Mittel jedoch erst einmal auf unbestimmte Zeit verschoben. Nun musste man jedoch schnell reagieren, wobei es weiterhin unmöglich blieb, *zwei Gebäude zumal zu*

*errichten*. Deshalb kam man auf die Idee, den *jezo entbehrlichen Saal im 3. Stock* des geplanten Schulhauses, der eigentlich als Reserve für kommende Jahre geplant war, zur Einrichtung einer Lehrerwohnung zu nutzen. Im neuen Schulhaus sollten *Wohnstube, Schlafkammer und ein Nebenzimmer*, im Turm *Küche und Speisekammer* sowie ein *Kellerlein* eingerichtet werden. Dadurch konnte der Lehrer die Aufsicht über das Gebäude besser wahrnehmen und es zudem im Winter rechtzeitig einheizen. Die Kosten für diesen zusätzlichen Einbau betragen 592 fl, so dass die Gesamtkosten jetzt bereits in der Planung die 6000 fl überschritten hatten.

### Herstellung des Schulgebäudes verschärft finanzielle Misere der Stadt

Über den Beginn der Bauarbeiten und deren genauen Verlauf liegen leider keine ausreichenden Erkenntnisse vor, da die Überlieferung der Akten im Staatsarchiv Ludwigsburg erst wieder mit der endgültigen Klärung der Finanzierung im Jahr 1824 einsetzt. Auch die in Frage kommenden Archivalien des Stadtarchivs Backnang, wie beispielsweise die Hauptbücher zur Stadtrechnung, sind in den entscheidenden Jahren leider nicht mehr vorhanden. Immerhin erfährt man bereits aus der Rechnung für die Jahre 1815/16, dass man in Backnang von *Schulhausbaukosten* in Höhe von 6350 fl ausging.<sup>12</sup> Vermutlich scheint der größte Teil der Arbeiten bereits im Jahr 1816 abgeschlossen worden sein, da am 4. November 1816 das Schulhaus, *da es nunmehr ganz ausgebaut wurde*, mit 6000 fl in die Brandversicherung aufgenommen wurde.<sup>13</sup> Die Kosten von letztlich 8873 fl wurden dann im Rechnungsjahr 1817/18 abgewickelt.<sup>14</sup>

Leider fiel der Bau des neuen Schulhauses in eine Zeit äußerst schwieriger und ungünstiger Rahmenbedingungen, die allesamt dazu führten, dass die Stadt in eine schwere finanzielle Krise geriet. Am 13. Juni 1820 mussten sich Stadtrat und Bürgerausschuss mit der Situation auseinandersetzen und versuchen, Wege aus der Misere zu finden. Der Grundstock der Stadtkasse war durch die Kosten des Schul-

<sup>12</sup> StAB, Bac R 001-123, Bl. 300.

<sup>13</sup> StAB, Bac J 005-30, Bl. 386.

<sup>14</sup> StAB, Bac A 042-12, Bü. 2.

hausbaus auf 10 100 fl gesunken, was jährlich 300 fl weniger Zins bedeutete. Außerdem war der Salzhandel, der der Stadt jährlich 1 000 bis 1 600 fl an Einnahmen beschert hatte, von der *Herrschaft an sich gezogen* worden. Auch die 300 bis 400 fl Einnahmen durch Abhaltung des Pfahlmarktes waren durch die Einführung des freien Handels *ganz zu Grunde gegangen*. Insgesamt entstand dadurch ein *Deficit von ungefähr 2 000 fl in der Einnahme*. Gleichzeitig stiegen zudem die Ausgaben, was durch die vergangenen Kriegsjahre, die allgemeine Teuerung in den Jahren 1816 und 1817 sowie nicht zuletzt durch eine verheerende Überschwemmung im Sommer 1819 verursacht wurde, die dazu führte, dass sämtliche Brücken und Stege an Murr und Weissach erneuert, die Aspacher Brücke sogar ganz neu hergestellt werden musste.

All diese Umstände hatte zur Folge, dass zur Deckung des Defizits von 4 000 fl eine Kapitalaufnahme oder die Einführung einer *besonderer Umlage* vorgenommen werden musste. Der Stadtrat sprach sich aufgrund der *gegenwärtigen geldlosen Zeiten und den hohen herrschaftlichen Abgaben* dafür aus, auf eine Umlage zu verzichten und die 4 000 fl durch Kapitalaufnahme aufzubringen. Der Bürgerausschuss wollte dazu jedoch nicht sein Einverständnis geben, sondern verlangte, *daß ein Durchgang durch die Bürgerschaft gehalten und jeder Bürger um seine Meinung hierüber befragt werde*. Diese Forderung ließ man jedoch schnell wieder fallen, da *erstens ein Durchgang unter der Bürgerschaft nach den neueren Edikten nicht zulässig und zweitens zwecklos sein werde, weil diese ohne Prüfung zu allem Nein sagen würden*.<sup>15</sup>

Der Blick auf die angespannte Finanzlage zeigt, dass das neue Schulhaus in einer sehr

ungünstigen Zeit erstellt wurde, wobei die Verantwortlichen in Backnang natürlich nicht die Naturkatastrophen voraussehen konnten. Was nun zwangsläufig folgen musste, war die Bitte um finanzielle Unterstützung von staatlicher Seite.

Auseinandersetzungen  
um eine nachträgliche Unterstützung  
durch den württembergischen Staat

Dummerweise hatten die Backnanger die entsprechenden Akten im Januar 1816 an Landbaucontroleur Abel *zur Revision und weiteren Beförderung* geschickt, diese aber trotz Mahnungen seitens der Stadt nicht wieder zurückbekommen.<sup>16</sup> Dadurch verzögerte sich die Endabrechnung immer wieder, obwohl die Stadt die beteiligten Handwerker natürlich bereits bezahlt hatte. Erst im Sommer 1824 lagen die endgültigen Kosten von 8 901 fl 36 x endlich vor, so dass das Oberamt Backnang einen Antrag um *Bewilligung eines Beitrags aus der Staatskasse zu den Kosten eines Schulhaus-Baues* stellen konnte – über acht Jahre (!) nachdem der Bau in Angriff genommen worden war. Kein Wunder, dass sowohl die Regierung des Neckarkreises als auch das württembergische Finanzministerium ablehnten, zumal die Stadt Backnang *nicht unter diejenigen mittellosen Körperschaften gehöre, bey welchen Unterstützungen dieser Art stattfinden können*.

Alle Hinweise auf die schlechte finanzielle Lage der Stadt halfen schließlich nichts, selbst eine Eingabe an den württembergischen König brachte nicht den erwünschten Erfolg. Letztlich wurden alle Anträge abgelehnt, die Backnanger mussten sämtliche Kosten selbst übernehmen, hatten dafür jedoch zumindest für die nächsten Jahre die Unterbringung ihrer Schüler gesichert.

<sup>15</sup> StAB, Bac G 001-33, Bl. 124–128.

<sup>16</sup> StAB, Bac G 001-35, Bl. 49.